

Aussiedler klagen über zu geringe Rente

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Gespräch mit dem CDU-Stadtverband. Aufruf zur Mitarbeit in der Gesellschaft

Villingen-Schwenningen (sk) „Fast schon Tradition“ sei das Treffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ortsgruppe Villingen-Schwenningen, mit dem CDU-Stadtverband, begrüßte Klaus Martin als CDU-Vorsitzender die Gäste. Insbesondere konnte er auch den Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei sowie den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, Ernst Strohmaier aus Stuttgart, willkommen heißen.

Ernst Strohmaier erklärte, von den mehr als drei Millionen Deutschen aus Russland seien eine Million in Baden-Württemberg heimisch geworden. Deshalb belasse man auch den Bundesvor-

sitz in Stuttgart und gehe nicht nach Berlin. Nachdem die ersten Probleme vorwiegend die Sprache und die berufliche Integration gewesen seien, sei es heute eher problematisch für die aus Russland Ausgesiedelten, sich hier in das Gemeinwesen zu integrieren. Zum Teil fühlen sie sich hier nicht voll akzeptiert. Beleidigend für sie ist, wenn man sie als Russen bezeichnet, nachdem sie früher in den Ländern der Sowjetunion „die Deutschen“ waren, was dort als Ausgrenzung galt. Es falle schwer, sich aktiv in die neue Gemeinschaft einzubringen, da die Deutschen in Russland „viele Jahrzehnte in Demut gelebt haben, nur mit dem Vertrauen auf Gott, dass alles einmal besser werde“.

Eine weitere Tatsache, die von betroffenen Aussiedlern als Kränkung empfunden wird, ist die geringere Rente, die sie in Deutschland bekommen. Die im Bundestag beschlossene Angleichung



Beim Treffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit dem CDU-Stadtverband: Von links Ernst Strohmaier, Eugen Lehmann und Thorsten Frei. BILD: CDU

der Ostrenten an die Westrenten ohne gleichzeitig auch die Renten der Aussiedler mit anzugleichen, empfinden viele als Affront. Bayern hatte das zwar beantragt, aber außer von Baden-Württemberg wurde das nur von vier weiteren Ländern unterstützt.

Die verschiedenen Lebensläufe, die von den Teilnehmern erzählt wurden, erklären vielleicht auch, warum manche Gruppen der Aussiedler heute mit Angst in Deutschland leben. Neben sehr guten Erinnerungen an die muslimischen Nachbarn in Tadschikistan haben andere auch schlechte Erfahrungen in zentralasiatischen Ländern mit Muslimen gemacht und fürchten nun, hier nicht mehr sicher leben zu können.

Thorsten Frei betonte in seiner Antwort, dass die Regierungen im Land und im Bund alles tun, um die Sicherheit zu erhöhen, zum Beispiel durch neue Stellen bei der Polizei, denn „sich sicher zu fühlen ist ein Teil unserer Lebensqualität“.

Als gemeinsamen Appell an die anwesenden Zuhörer riefen Frei und Strohmaier dazu auf, sich aktiv einzubringen in Politik und Verbände, denn „das trage zum Erfolg eines Landes bei“.